



**Postulat von Virginia Köpfli, Anna Bieri und Andreas Lustenberger
betreffend umfassenden Schutz vor LGB-Feindlichkeit im Kanton Zug angehen
vom 8. Juni 2021**

Die Mitglieder des Kantonsrats Virginia Köpfli, Hünenberg, Anna Bieri, Hünenberg, und Andreas Lustenberger, Baar, haben am 8. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die bestehenden Massnahmen zum Schutz von LGB Menschen zu überprüfen und zu verstärken. Dabei sollen auch Massnahmen in den Bereichen Bildung (Schulwesen), Opferschutz, Strafvollzug (Polizei, Staatsanwaltschaft, etc.) und Sensibilisierung geprüft werden, die dazu dienen, LGB-Feindlichkeit im Kanton Zug gezielt zu vermindern. In diesem Kontext sind die Zuständigkeiten zu klären. Insbesondere ist die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden festzuhalten und allen Beteiligten gegenüber zu kommunizieren.

Begründung:

Lesbische, schwule und bisexuelle Menschen sind aufgrund ihrer sexuellen Orientierung weiterhin regelmässig physischen und psychischen Angriffen ausgesetzt. Laut einem Bericht der Organisation Pink Cross wird der LGBT+ Helpline pro Woche mehr als ein Fall eines Hassverbrechens gemeldet, wobei die grosse Mehrheit der Übergriffe wohl erst gar nicht gemeldet werden. Viele Opfer erfahren körperliche Gewalt und die Übergriffe haben schwerwiegende physische und psychische Folgen. Die Diskriminierung und Angriffe sind dabei für die gesamte LGB-Community eine grosse Belastung, denn sie führen auch dazu, dass LGB-Personen im öffentlichen Raum ihr Verhalten anpassen, um nicht als schwul, lesbisch oder bisexuell «aufzufallen».

Am 9. Februar 2020 sagte die Schweiz mit 63 % Ja zum Schutz von LGB-Menschen vor Hass, wobei die Stimmbevölkerung im Kanton Zug diese Erweiterung der Strafnorm auf homophobe Aufrufe zu Hass (Art. 261bis StGB) ebenfalls klar unterstützte. Doch ein Gesetz auf nationaler Ebene allein reicht nicht aus, es sind konkrete Massnahmen nötig: Die erweiterte Strafnorm sollte nun mit geeigneten Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen begleitet werden, damit das Gesetz seine volle Wirkung entfalten kann.

Der Bundesrat hält in seiner Antwort auf das Postulat von Nationalrat Angelo Barrile (SP/ZH) «Nationaler Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche hate crimes» (20.3820) fest, dass es aufgrund des föderalistischen Systems ebenfalls Sache der Kantone und Gemeinden ist, diese von der Schweizer Stimmbevölkerung befürwortete erweiterte Strafnorm nun umzusetzen und mit «adäquaten Massnahmen der Sensibilisierung, Prävention, Intervention und Überwachung» zu ergänzen.